

Anordnung der sofortigen Vollziehung des Rodungsbescheides (Az.: VV.3021.05.13.1000) für den Neubau eines US-Klinikums in Weilerbach	2
Entscheidung	2
Begründung	2
1. Sachverhalt	2
2. Begründung	2

Anordnung der sofortigen Vollziehung des Rodungsbescheides (Az.: VV.3021.05.13.1000) für den Neubau eines US-Klinikums in Weilerbach

Auf Ihren in den Antragsunterlagen unter VIII, ergänzt durch die Antragsbegründung vom 15.01.2014 gestellten Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung des Rodungsbescheides (Az.: VV.3021.05.13.1000) für den Neubau eines US-Klinikums in Weilerbach ergeht folgende

Entscheidung

Die sofortige Vollziehung des Rodungsbescheides (Az.: VV.3021.05.13.1000) wird angeordnet.

Begründung

1. Sachverhalt

Durch Rodungsbescheid vom heutigen Tage wurde Ihnen die Zulassung zur Rodung von 46,0799 ha Wald in der WSA zur Errichtung eines Klinikums für die US-Streitkräfte erteilt. In den Antragsunterlagen haben Sie die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Rodungsbescheides beantragt. Diesen Antrag haben Sie im Erörterungstermin vom 08./09.01.2014 wiederholt und inhaltlich teilweise konkretisiert. Eine Begründung Ihres Antrages haben Sie am 15.01.2014 vorgelegt.

2. Begründung

Dem Antrag war stattzugeben.

Nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO kann die Behörde, die den Verwaltungsakt erlassen hat, die sofortige Vollziehung anordnen, wenn diese im öffentlichen Interesse oder im überwiegenden Interesse eines Beteiligten liegt.

Die Voraussetzungen für die Anordnung des Sofortvollzuges nach dieser Bestimmung sind im vorliegenden Fall gegeben, weil dieser sowohl aus Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist als auch im überwiegenden Interesse des Antragsstellers liegt.

2.1

Als für den Erlass des Rodungsbescheides zuständige Behörde bin ich gem. § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO für die Anordnung des Sofortvollzuges zuständig.

2.2

Die Anordnung des Sofortvollzuges ist im öffentlichen Interesse geboten. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung eines Verwaltungsaktes aus Gründen des öffentlichen Interesses erfordert, dass ein besonderes öffentliches Interesse gerade an der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsaktes besteht. Diese Voraussetzungen sind insbesondere dann gegeben, wenn eine Eilbedürftigkeit, eine besondere Dringlichkeit für die sofortige Verwirklichung der im Verwaltungsakt getroffenen Regelung besteht.

Diese Voraussetzungen sind bei Abwägung aller für und gegen die sofortige Vollziehung sprechenden Gesichtspunkte erfüllt.

2.2.1

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann angeführt werden, dass die Umsetzung der Rodungsgenehmigung bedeutet, dass etwa 50 ha Wald gerodet werden wird und damit ein erheblicher und nicht rückholbarer Eingriff in den Naturhaushalt stattfindet. Dabei wird zugleich der Lebensraum einer Vielzahl von Arten betroffen. Hierunter sind auch besonders geschützte Arten, wie die Wildkatze, die Bechsteinfledermaus, die Zaun- und Mauereidechse, die Kreuzkröte und möglicherweise die Haselmaus.

Der Eingriff in den Naturhaushalt ist jedoch im Ergebnis nicht von erheblichem Gewicht. Für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes ist der zu rodende Wald nicht von wesentlicher Bedeutung. Zwar ist die betroffene Fläche, wie ausgeführt, Lebensraum von besonders geschützten Arten. Durch eine Optimierung der Standortauswahl wurde jedoch erreicht, dass die Beeinträchtigung der Funktion des Waldes als Lebensraum von Tieren und Pflanzen erheblich minimiert wurde. Darüber hinaus werden die Eingriffe in den Naturhaushalt durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie durch sogenannte CEF- bzw. FCS-Maßnahmen in vollem Umfang kompensiert. Die durchgeführten Untersuchungen und eingeholten Gutachten und hier insbesondere der landschaftspflegerische Begleitplan, die FFH-Verträglichkeitsprüfung und die Artenschutzprüfung haben erwiesen, dass der Verlust der zu rodenden Waldflächen im Ergebnis bei Durchführung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie von CEF- und FCS-Maßnahmen keine Verschlechterung des Naturhaushalts mit sich bringt. Insbesondere ist eine Verschlechterung des überregionalen Erhaltungszustandes der Populationen besonders geschützter Arten damit nicht verbunden. Dabei ist von erheblicher Bedeutung, dass die relevanten Nebenbestimmungen schon jetzt durchgeführt werden können bzw. CEF- oder FCS-Maßnahmen bereits durchgeführt wurden, um eine Beeinträchtigung des

Naturhaushaltes oder des Lebensraumes von besonders geschützten Arten zu verhindern. Das gilt insbesondere auch für die Wildkatze. Deren Lebensraum wird nach Feststellungen des Gutachters L.A.U.B. durch Errichtung und Betrieb des Klinikums nicht beeinträchtigt. Durch Auflagen im Genehmigungsbescheid ist sichergestellt, dass die Lebensraumbedingungen für die Wildkatze optimiert werden und die Funktionsfähigkeit des Wanderkorridors nicht beeinträchtigt werden wird. Für den Fall einer Beeinträchtigung sind die Voraussetzungen einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt; die Beeinträchtigungen werden in vollem Umfang kompensiert.

Zu berücksichtigen ist bei der Abwägung auch, dass das an die WSA angrenzende FFH-Gebiet Westricher Moorniederung durch den Vollzug der durch Bescheid von heute zugelassenen Waldrodung nicht beeinträchtigt wird. Dies haben die hierzu eingeholten Gutachten eindeutig ergeben. Der Eingriff in den Naturhaushalt durch die Rodung findet außerhalb des FFH-Gebietes statt; eine erhebliche Beeinträchtigung durch eine Einwirkung in das Gebiet von außen kann ebenfalls ausgeschlossen werden. Kumulative Wirkungen mit anderen Vorhaben waren nicht zu prüfen. Auch ein potentiell FFH-Gebiet im Bereich der von der Rodung betroffenen Flächen liegt nicht vor; selbst wenn ein potentiell FFH-Gebiet vorliegen würde, würde dieses nicht erheblich beeinträchtigt, wie der Gutachter L.A.U.B. festgestellt hat. Diesem überzeugenden Ergebnis haben sich die Zulassungsbehörden angeschlossen.

Dies alles zeigt, dass die Verwirklichung des Vorhabens trotz des flächenmäßig nicht unerheblichen und nicht reversiblen Eingriffs in den Wald nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Naturhaushaltes führen wird.

Von der Rodung des Waldes werden Lärmwirkungen ausgehen. Die schalltechnischen Gutachten haben zwar ergeben, dass der Betrieb von Harvestern und anderen zur Rodung eingesetzten Maschinen in der Nachtzeit (20.00 Uhr bis 7.00 Uhr) die Richtwerte der AVV-Bau in schützenswerten Wohngebieten der Verbandsgemeinde Weilerbach dann überschreiten können, wenn der Einsatz von vier Harvestern und weiteren Rodungsmaschinen in der gesamten Nachtzeit erfolgt. Durch die Nebenbestimmungen zum Rodungsbescheid ist jedoch sichergestellt, dass eine Überschreitung der Richtwerte der AVV-Bau nicht eintreten wird, sondern die Lärmwerte eingehalten werden. Eine unzulässige Lärmbeeinträchtigung durch die Durchführung der Rodungsarbeiten ist damit ausgeschlossen. Auch insoweit liegt keine erhebliche Beeinträchtigung öffentlicher und privater Belange bei Durchführung der Rodungsarbeiten vor.

Von Einwendern wird zwar die Besorgnis geäußert, dass durch die Errichtung und den Betrieb des US-Klinikums Weilerbach Gefahren für den Wasserhaushalt entstehen. Zum einen wird befürchtet, dass hierdurch die Trinkwasserversorgung beeinträchtigt werden könnte, da aus dem Klinikum und Verkehrsflächen stammende Schadstoffe in Trinkwasserbrunnen eintreten könnten. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf den Eintrag radioaktiver Stoffe, infektiöser Stoffe sowie auf Rückstände von in Deutschland nicht zugelassenen Arz-

neimitteln verwiesen. Zum anderen wird eine Trinkwassergefährdung durch eine nicht ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung des Klinikums befürchtet. Die im Zusammenhang mit der Erteilung der Rodungsgenehmigung durchgeführte Umweltverträglichkeitsprüfung für das Gesamtvorhaben hat indessen ergeben, dass diese Befürchtungen nicht berechtigt sind. Bei Einhaltung der wasserrechtlichen, abfallrechtlichen und seuchenhygienerechtlichen Vorschriften und der für Krankenhäuser geltenden Regelungen über die Abwasser- und Abfallbeseitigung kann davon ausgegangen werden, dass durch den Betrieb des US-Klinikums Weilerbach Gefahren für den Wasserhaushalt, einschließlich der Trinkwasserversorgung, und für die menschliche Gesundheit nicht entstehen. Eine geordnete Abwasserbeseitigung aus dem Klinikum stellt dies ebenso sicher wie die Einhaltung für die Ableitung von Niederschlagswasser von öffentlichen Verkehrsflächen geltenden Regelungen. Im Ergebnis kann damit festgestellt werden, dass die Errichtung und der Betrieb des US-Klinikums Weilerbach nicht zu einer Beeinträchtigung des Wasserhaushalts, der Trinkwasserversorgung und der menschlichen Gesundheit führen werden.

2.2.2

Gegenüber dieser – insgesamt relativ geringfügigen – Beeinträchtigung öffentlicher und privater Belange überwiegen die für die sofortige Durchführung der Rodungsarbeiten sprechenden öffentlichen Belange.

Das Bauprojekt US-Klinikum Weilerbach liegt im besonderen öffentlichen Interesse. Es soll errichtet werden als Ersatz für das Krankenhaus in Landstuhl und für das Krankenhaus auf der Air Base in Ramstein. Zur medizinischen Versorgung der US-Streitkräfte sowie ihrer Bündnispartner innerhalb der NATO ist das Klinikum elementar wichtig. In ihrer Begründung zum Sofortvollzug haben die US-Streitkräfte dazu erklärt, dass eine zeitliche Verschiebung der Errichtung des Klinikums den Erhalt der Verteidigungsbereitschaft der US-Streitkräfte und ihrer Bündnispartner negativ beeinflussen würde. Dieser Eingriff in die militärischen und strategischen Belange der US-Streitkräfte und der NATO könne nicht hingenommen werden. Eine zeitliche Verschiebung könne daher nicht akzeptiert werden.

Diese Darstellung ist zutreffend und begründet das besondere öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung des Rodungsbescheides.

Die zeitliche Dringlichkeit für die Errichtung des US-Klinikums Weilerbach ergibt sich zunächst aus seiner militärstrategischen und militärpolitischen Bedeutung. Es dient der medizinischen Versorgung der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Einsatzkräfte der US-Streitkräfte und anderer NATO-Streitkräfte in Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens. Zur Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft ist ein funktionsfähiges Klinikum dringend erforderlich. Die Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft liegt im überragenden öffentlichen Interesse, und zwar selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die

militärische Bedrohung seit Ende des Kalten Krieges abgenommen hat. Die vielfältigen Krisenherde in vielen Teilen der Welt sowie die terroristische Bedrohung belegen deutlich, dass nach wie vor die Verteidigungsbereitschaft von Streitkräften der NATO uneingeschränkt gewährleistet sein muss. Ein Krankenhaus, das diese Versorgung auf hohem medizinischen Niveau jederzeit gewährleistet, ist deshalb unabdingbar und liegt im besonderen öffentlichen Interesse.

Der Vorhabenträger hat in der Begründung des Sofortvollzuges dargelegt, dass mit der Verwirklichung des Klinikums sofort begonnen werden muss, um möglichst schnell das Klinikum zur Herstellung und Aufrechterhaltung einer optimalen medizinischen Versorgung der US-Streitkräfte und ihrer NATO Bündnispartner zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang hat er darauf hingewiesen, dass der bauliche Zustand des Klinikums in Landstuhl, das diese medizinische Versorgung derzeit – und zwar auf hohem Niveau - gewährleistet, heute schon mangelhaft ist. Dieser Zustand wird sich weiter verschlechtern. Dadurch bedingt wird eine optimale medizinische Versorgung von Angehörigen der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Bündnispartner durch das Klinikum in Landstuhl nicht dauerhaft gewährleistet werden können. Es steht zu erwarten, dass die Qualität der medizinischen Versorgung durch den baulichen Zustand des Krankenhauses absinken wird. Ein solches Absinken der Qualität der medizinischen Versorgung kann nicht hingenommen werden. Vielmehr ist dafür Sorge zu tragen, dass möglichst schnell eine optimale medizinische Versorgung der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Bündnispartner durch den Neubau eines Krankenhauses gewährleistet wird. Dies bedingt den sofortigen Beginn der Rodungsarbeiten, damit Verzögerungen im Interesse der Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft durch Erhaltung einer optimalen medizinischen Versorgung der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Bündnispartner vermieden werden können.

Dabei scheiden eine grundlegende Renovierung sowie ein Umbau des Klinikums in Landstuhl aus. Das ergibt sich schon aus den dortigen baulichen Gegebenheiten. Die Gebäude sind überwiegend in den 50-er Jahren errichtet worden. Sie sind deshalb in einem schlechten Zustand, der ihre Renovierung und die Herstellung eines auf optimale medizinische Versorgung ausgerichteten Militärkrankenhauses nicht ermöglicht. Vor allem aber ist das Klinikum in Landstuhl nicht in der Lage, moderne Konzepte für eine Poliklinik, wie sie im Vorhaben des US-Klinikums Weilerbach verwirklicht werden sollen, umzusetzen. Ein solches modernes Konzept bedingt eine bauliche Struktur, bei der die verschiedenen Kliniken so miteinander vernetzt werden, dass Synergieeffekte entstehen können. Eine solche Vernetzung verschiedener Kliniken ist schon wegen des baulichen Zustandes des Klinikums in Landstuhl dort nicht möglich. Vor allem aber ist im vorliegenden Zusammenhang zu berücksichtigen, dass Teile der Gebäudestruktur des Klinikums in Landstuhl an der Versagungsgrenze liegen. Neue technische Systeme können auf Grund der vorhandenen technischen Durchbildung des Bauwerkes nicht eingebaut werden. Die aufgezeigten Defizite können derzeit nur durch eine intensive Bauunterhaltung und einen verstärkten Personaleinsatz durch die US-Streitkräfte kompensiert

werden. Dauerhaft wird eine Aufrechterhaltung der medizinischen Leistungsfähigkeit des Klinikums in Landstuhl jedoch auch durch eine intensive Bauunterhaltung nicht möglich sein. Erforderlich ist deshalb eine schnelle Realisierung eines Klinikneubaus, der spätestens Anfang 2022 nach den Vorstellungen der US-Streitkräfte in Betrieb gehen soll. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass sich im Klinikum Landstuhl die medizinische Versorgungssituation der US-Streitkräfte bis zur Fertigstellung des Neubaus weiter verschlechtern wird; der derzeitige Stand wird voraussichtlich nicht aufrechterhalten bleiben können. Durch mögliche Funktionsstörungen kann es weiter zu bedrohlichen Auswirkungen kommen.

Der Vorhabenträger hat Alternativen zum Neubau des Klinikums in der WSA intensiv geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass ein Neu- oder Umbau des Klinikums in Landstuhl ebenso ausscheidet, wie eine Errichtung eines Klinikneubaus auf der Ramstein Air Base. Ein Neu- oder Umbau des Klinikums in Landstuhl ist deshalb nicht möglich, weil die bauliche Struktur des vorhandenen Klinikums weder einen Umbau noch einen Neubau auf dem Klinikgelände zulässt. Die bauliche Struktur des vorhandenen Klinikums ist durch eine Vielzahl von Gebäuden gekennzeichnet. Die Poliklinik, die in der WSA entstehen soll, weist demgegenüber eine Struktur auf, die durch eine kompakte Bauweise und miteinander verbundene und zusammenhängende Bauteile gekennzeichnet ist. Nur durch eine derartige Struktur lassen sich die aus medizinischen Gründen erforderlichen Vernetzungen der verschiedenen Kliniken sicherstellen und die damit verbundenen Synergieeffekte erzielen. Darüber hinaus scheidet ein Umbau im Bestand in Landstuhl auch deshalb aus, weil das Klinikum in vollem Umfang bis zur Inbetriebnahme des Neubaus funktionsfähig bleiben muss. Ein Neubau auf dem Gelände in Landstuhl scheidet aus, weil dort keine ausreichende Fläche zu Verfügung steht. In jedem Fall kann überdies ein Neu- oder Umbau in Landstuhl den militärischen Sicherheitsaspekten nicht Rechnung tragen, da diese einen Transport von Verwundeten über öffentliche Straßen ausschließen.

Ein Neubau auf der Ramstein Air Base kommt ebenfalls nicht in Betracht. Die dort untersuchten Alternativflächen sind zu klein, um ein Klinikum in einer Größe der in der WSA geplanten Einrichtung aufzunehmen. Darüber hinaus sind die untersuchten Flächen sämtlich mit anderen Nutzungen belegt, die planerisch gesichert sind; sie kommen auch von daher für eine Errichtung des Vorhabens nicht in Betracht.

Würde die sofortige Vollziehung nicht angeordnet, wären erhebliche Verzögerungen des Bauvorhabens des US-Klinikums Weilerbach die Folge – mit ganz erheblichen Nachteilen für die medizinische Versorgung der US-Streitkräfte und ihrer Bündnispartner. In seiner Begründung zum Sofortvollzug hat der Vorhabenträger den Ablauf der Bauarbeiten im Detail wie folgt dargestellt:

"Phase 1: Rodungsarbeiten

a) Holzeinschlag

Auf der Grundlage des durch den Bundesforst erarbeiteten Rodungskonzeptes wird davon ausgegangen, dass bei üblichen Witterungsverhältnissen der Holzeinschlag eine Dauer von einem Monat benötigen wird. Darüber hinaus wird zeitlich versetzt der Holzabtransport stattfinden, der ca. 2 Wochen nach Beendigung des Holzeinschlages abgeschlossen sein wird. Geländebereinigung mit Kampfmitteluntersuchung

b) Wurzelstockentfernung und Kampfmittelsondierung

Für die daraufhin stattfindende Entfernung der Wurzelstöcke werden ca. 2 bis 3 Monate benötigt. Es ist gemäß derzeitiger Bauablaufplanung davon auszugehen, dass die zeitlich versetzt beginnenden Leistungen zur Kampfmittelsondierung im September 2014 abgeschlossen sein können: Sollten wider Erwarten Kampfmittel festgestellt werden, welche einer Räumung bedürfen, ergeben sich weitere Zeitverzögerungen, welche derzeit noch nicht eingeplant sind.

Phase 2: Abbruch und Erdbewegung

Nach Abschluss der Kampfmittelsondierung ggf. -räumung kann mit den Geländemodellierungsarbeiten begonnen werden. Dabei erfolgt zur Minimierung der durch ein Massenausgleich durch einen Bodenabtrag im gesamten Bereich des zentralen Klinikums und ein Wiedereinbau dieses Bodens als Auftrag im Bereiche des Eingangskontrollpunkt (ACP). Aufgrund des umfangreichen erforderlichen Bodenauftrages und einer damit einhergehenden Sicherstellung einer tragfähigen Gründung des ACPs muss Boden im Bereich der gesamten Klinikfläche gewonnen werden. Hierzu muss zuvor der gesamte geplante Holzeinschlag erfolgt sein.

Der Zeitbedarf für die Geländemodellierung einschl. des Bodenauftrags und die Herstellung der Gründungsvoraussetzungen für den ACP beträgt ca. 14 Monate.

Phase 3: Bauphase

Nach Abschluss der höhenmäßigen Gestaltung des Geländes (Modellierung), können die erforderlichen Baustraßen angelegt werden. Gleichzeitig erfolgt die Verlegung der umfangreichen Ver- und Entsorgungsleitungen zur Versorgung des Baugeländes mit Wasser, Strom und Kommunikations- sowie zur Abwasserentsorgung. Erst danach kann mit den eigentlichen Bauarbeiten des Klinikums begonnen werden.

Der Fertigstellungstermin wird durch die Errichtung des zentralen Klinikkomplexes beeinflusst.

Die parallel dazu herzustellenden Erschließungsleistungen sowie im zeitlichen Ablauf untergeordnete Gebäude wie z.B. das Parkhaus, Krankenwagengaragen etc. sind für den Endtermin unkritisch.

Erst nach Abschluss der oben genannten Arbeiten kann mit der Errichtung des Hospital-Gebäudes begonnen werden. Die Fertigstellung dieses ersten Abschnittes (Baustraßen, übergeordnete Ver- und Entsorgung) ist für Mitte 2016 geplant. Bei einer späteren Fertigstellung dieser Vorarbeiten, wird die von den US-Streitkräften benötigte Fertigstellung des Klinikums bis Ende 2021 nicht möglich sein."

Würde die sofortige Vollziehung des Rodungsbescheides nicht angeordnet, würde dieser Zeitplan in erheblicher Weise beeinträchtigt werden. Bei Widerspruch und Klage gegen den Rodungsbescheid könnten bis zum Beginn der Bauarbeiten nicht nur einige Wochen, sondern Monate oder Jahre vergehen. Eine solche Verzögerung des Beginns der Bauarbeiten kann wegen der geschilderten Erfordernisse der medizinischen Versorgung der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Bündnispartner sowie der Anfälligkeit des Klinikums in Landstuhl und seiner baulichen und damit auch medizinischen Mängel nicht hingenommen werden.

Zu berücksichtigen ist im vorliegenden Zusammenhang weiter, dass jede Verzögerung des Baubeginns erhebliche artenschutzrechtliche Probleme und hierdurch bedingte weitere Verzögerungen verursachen kann. Der Vorhabenträger hat in der Begründung des Sofortvollzuges zu Recht darauf hingewiesen, dass bei einer Verschiebung des Holzeinschlages in den Herbst 2014 eine annähernd komplette Vegetationsperiode verstreichen würde. Hierdurch erhielten zahlreiche Arten und darunter auch besonders geschützte, die Möglichkeit, sich in der Rodungsfläche wieder anzusiedeln. Die US-Streitkräfte haben die Nutzung der Liegenschaft als Munitionsdepot aufgegeben und dort mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Nutzung für die Errichtung des US-Klinikums Weilerbach keine Zwischennutzung vorgenommen. Der gesamte Waldbereich ist dadurch beruhigt worden mit der Folge, dass er für viele Arten, darunter auch besonders geschützte, als Lebensraum besonders attraktiv geworden ist. In der Vorbereitung der Errichtung des US-Klinikums Weilerbach sind auf der Rodungsfläche zahlreiche Maßnahmen mit dem Ziel durchgeführt worden, den Lebensraum besonders geschützter Arten von dieser Fläche in andere Ersatzhabitate zu verlagern. Das gilt z.B. für Nisthöhlen von Baumbrütern und Fledermäusen. Diese Maßnahmen stellen sicher, dass nicht nur der Lebensraum dieser Arten nicht beeinträchtigt wird, sondern dauerhaft – wenn auch verlagert in andere Bereiche – erhalten bleibt. Zugleich muss auch bei einer Durchführung der Rodungsarbeiten zum jetzigen Zeitpunkt außerhalb der Brut- und Fortpflanzungszeit nicht mit einer Beeinträchtigung von Lebensräumen besonders geschützter Arten gerechnet werden. Diese Situation würde sich völlig verändern, wenn nicht sofort mit den Rodungsarbeiten begonnen würde. Eine (Wieder-) Besiedlung des Lebensraumes durch eine Vielzahl von Arten, darunter auch besonders geschützter, wäre die zwangsläufige Folge. Das aber würde zu weiteren Verzögerungen im Bauablauf führen. Denn vor Durchführung der Rodungsarbeiten müsste eine erneute artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt werden. Ggf. müssten Maßnahmen zur Verlagerung von Lebensräumen durchgeführt werden. Dies alles würde zu einer weiteren erheblichen Verzögerung bei der Durchführung der Bauarbeiten führen, die – wie ausgeführt – im Interesse der Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft der US-Streitkräfte und ihrer NATO-Bündnispartner im überragenden öffentlichen Interesse nicht hingenommen werden kann. Damit ist auch das überwiegende Interesse des Antragsstellers gegeben.

Im Ergebnis kann damit festgestellt werden, dass bei einer Abwägung der öffentlichen und privaten Interessen das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung des Rodungsbescheides eindeutig überwiegt. Es kann nicht hingenommen werden, dass die Inbetriebnahme des US-Krankenhauses durch eine Verzögerung des Beginns der Rodungsarbeiten auf den Herbst 2014 um mindestens 9 Monate und bei Durchführung von Rechtsmittelverfahren um einen weiteren erheblichen, derzeit nicht näher bestimmbareren Zeitraum verschoben wird. Vor diesem Hintergrund war dem Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung zu entsprechen.